



**BDM-Stellungnahme zur schriftlichen Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Handelsabkommen Ceta, Umdruck 19/567**

Die im BDM e. V. organisierten schleswig-holsteinischen Milchviehhalter sehen die Vereinbarung von Handelsabkommen grundsätzlich als positiven Ansatz, vermeidbare und überzogene Handelshemmnisse zu verringern. In allen schon beschlossenen oder noch zu verhandelnden Handelsabkommen spielt die Landwirtschaft eine große Rolle. Verhandelt wird dieser sensible Bereich ähnlich wie andere Wirtschaftsbereiche mit dem Ziel, Märkte zu liberalisieren und zu öffnen. Ob dies zu einer optimalen Allokation von Nahrungsmitteln führt, von der die Bürger tatsächlich profitieren, ist jedoch speziell im sensiblen Bereich der Landwirtschaft und Ernährung stark in Frage zu stellen.

Landwirtschaft betrifft unsere Ökosysteme und Lebensgrundlagen wie Umwelt, Klima, Wasser und Boden. Landwirtschaft hat zudem wichtige soziale Dimensionen bis hin zur Bestimmung der Menschenrechtssituation weltweit in ländlichen Räumen.

Handelsabkommen, die die Landwirtschaft betreffen, haben daher eine hohe Tragweite. Bei der Verhandlung der Angleichung von Standards ist es in diesem Bereich daher umso wichtiger, hier zwischen rein technischen Standards, die unproblematisch angeglichen werden können und gesellschaftlichen Standards zu unterscheiden, denen eine demokratische Wertehaltung und -entscheidung zugrunde liegt. Gesellschaftliche Standards dürfen nicht unproblematisch ausgehöhlt und unterwandert werden. Die Erklärung, dass es effizienter und billiger wäre, wenn überall die gleichen Regeln gelten, kann alleine jedenfalls nicht als Begründung für eine internationale Harmonisierung von gesellschaftlichen Standards ausreichen. Können höhere gesellschaftliche Standards, die häufig kostenintensiv sind, nicht ausreichend geschützt werden, führt dies für die Wirtschaft betriebswirtschaftlich zum Wettbewerbsnachteil, denn der kostengünstigeren Konkurrenz müsste ebenso Marktzutritt gewährt werden. Faktisch würde so der niedrigere Standard zum Maximalniveau.

Mit dem nach dem faktischen Scheitern der WTO bzw. DOHA-Runden eingeschlagenen Weg, mit bilateralen Handelsabkommen Regeln für globale Handelsströme zu vereinbaren, wird eine Vielzahl unterschiedlicher Wettbewerbsbedingungen geschaffen, die verhindern, dass alle souveränen Staaten oder ihre Bürger gleichermaßen zu fairen und sozial gerechten Bedingungen am Wettbe-

werb teilnehmen können. Auch Umwelt-, Natur- und Klimaschutzziele werden in diesen bilateralen Abkommen nicht oder nur ungenügend Rechnung getragen.

Im Zentrum globaler Abkommen darf nicht nur die Ernährungssicherheit mit ihrer technischen Ausrichtung auf Preismechanismen, Marktzugang und die Liberalisierung des Welthandels stehen. Vielmehr muss unter dem Aspekt der Ernährungssouveränität, also dem Recht der Menschen und souveränen Staaten, auf demokratische Weise ihre eigenen Agrar- und Ernährungspolitiken zu bestimmen, auch der Schutz und die Gewährleistung der Lebensgrundlagen der bäuerlichen Erzeuger eine wichtige Rolle spielen.

Problematisch ist mit Blick auf Ceta, dass sich durch die Vielzahl der Abkommen (Mercosur-Länder, Neuseeland/Australien) die darin eingeräumten zollfreien Import- oder Exportquoten z.B. für Fleisch und Milch, zu einer beachtlichen Gesamtmenge summieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch die globalen Warenströme mit Nahrungsmitteln zunehmen, die nicht unseren gesellschaftlich vereinbarten sozialen und ökologischen Standards entsprechen, ist hoch. Es ist außerdem davon auszugehen, dass durch Freihandelsabkommen wie Ceta die Grundstoffe für die Nahrungsmittelproduktion beliebiger ausgetauscht werden können. Für die Konzerne der Nahrungsmittelindustrie und der Molkereiwirtschaft eröffnet auch das am 21. September 2017 vorläufig in Kraft getretene Handelsabkommen mit Kanada die Möglichkeit, sich entweder neue Beschaffungswege für billigere Rohstoffe im Fleischbereich bzw. neue Absatzwege für Milchprodukte (z.B. EU-Käseexporte) zu erschließen, die zunächst wirtschaftlich interessant erscheinen. Die zollfreien Quoten für Käseexporte nach Kanada sollen durch Ceta verdoppelt werden, die Belieferung durch die EU würde dann rund 8 % des kanadischen Käsemarktes umfassen. Die bisher in Kanada angewandte Praxis, den dort ausbezahlten Milcherzeugerpreis an den tatsächlichen Produktionskosten auszurichten, würde mit dem Ceta-Abkommen Stück für Stück ausgehebelt werden.

Der Export eines Teils der Überschussprobleme der EU nach Kanada ist mit Sicherheit keine nachhaltige Agrarmarktpolitik. Letztlich ist es unter diesen Bedingungen aber auch nur eine Frage der Zeit, bis sich auch Kanada von der Orientierung ihrer Milchproduktion an der tatsächlichen Nachfrage abkehrt und in den Wettlauf um die Eroberung von Anteilen auf dem globalen Milchmarkt einsteigt. Was sich für den europäischen Milchbereich zunächst als zusätzliche Marktchance darstellt, kann sich schnell ins Gegenteil verkehren. Eine „Rosinenpickerei“ der Verbände der Molkereiindustrie, die sich für Ceta aussprechen wollen, aber Handelsabkommen z. B. mit Neuseeland ablehnen, dürfte wenig erfolgreich sein. Ein Abbau der Zölle im Handel mit den Ländern aus Ozeanien würde eine deutliche Zunahme der Exporte aus Neuseeland nach Europa bedeuten. Die positiven Effekte, die man sich im Milchbereich von Ceta erhofft, wären ganz schnell zunichtegemacht und ins Gegenteil verkehrt.

Diese Handelsabkommen in der geplanten Form treffen uns Bäuerinnen und Bauern in der EU und in Deutschland gleich in mehrfacher Hinsicht. Wir müssen mit niedrigen Preisen für unsere erzeugten Produkte auskommen und haben durch anstehende zusätzliche Importmengen mit einem weiteren Preisverfall zu rechnen. Gleichzeitig definieren immer häufiger die großen Lebensmittelketten einseitig die Produktionsbedingungen mit Standards, die weit über den gesetzlichen Standards hinausgehen. Aber auch die gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Umwelt- und Tierschutz führen zu einer Reihe gesetzlicher Verschärfungen der Produktionsbedingungen. Dies führt zu ei-

ner massiven Wettbewerbsverzerrung für die europäischen Milcherzeuger, die zu kostenintensiven Standards produzieren müssen und sich gleichzeitig einem internationalen Wettbewerb mit niedrigen Erzeugerpreisen stellen müssen. Damit wird immer mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Existenzgrundlage entzogen, nicht nur in der EU, auch in den von neuen Handelsabkommen betroffenen Ländern.

Das Ceta-Handelsabkommen in der derzeitigen Ausgestaltung sollte nach Ansicht des BDM nicht ratifiziert werden. Wir fordern die Bundesregierung wie auch die Bundesländer auf, Ceta im Bundestag und im Bundesrat abzulehnen. Handelsabkommen müssen vor allem den Interessen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Bisherige Erfahrungen mit dieser Art von Handelsabkommen zeigen jedoch, dass im Nahrungsmittelbereich in erster Linie die Interessen der Konzerne der Ernährungsindustrie bedient werden.